

Wie viele Antennen braucht der Kanton?

Was Befürworter und Gegner der Mobilfunk-Initiative erhoffen und befürchten

David Weber

Darüber, wie die Strahlenbelastung der Menschen möglichst gering gehalten werden kann, gehen die Meinungen auseinander.

Am 13. Juni entscheidet die Basler Stimmbevölkerung über die zukünftige Mobilfunkpolitik des Kantons. Zur Auswahl stehen die unformulierte Volksinitiative «gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs» und ein Gegenvorschlag, den Regierung und Parlament verabschiedet haben. Die Gegner der Initiative bezeichnen diese als «widersprüchlich», während die Initianten den Gegenvorschlag als wirkungslos bezeichnen. Die BaZ befragte Christoph Wydler (EVP) vom Initiativkomitee und Heiner Vischer (LDP, Befürworter des Gegenvorschlags), was die Konsequenzen wären, wenn der Gegenvorschlag respektive die Initiative angenommen würden.

Ja zur Initiative «gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs»:

Für Christoph Wydler wäre ein Ja zur Initiative ein «klares Signal, dass der Regierungsrat mehr für den Gesundheitsschutz tun muss». Das heisst, Mobilfunkanlagen in Wohngebieten auf das absolut Notwendige zu beschränken und die optimale Koordination der Mobilfunkstandorte durchzusetzen. Zudem soll ein detaillierter Kataster es allen ermöglichen, die Strahlenbelastung am Wohn- und Arbeitsort ohne Fachkenntnisse zu bestimmen.

Für Heiner Vischer wäre der Effekt der Initiative «kontraproduktiv». Diese habe eine Reduzierung der Zahl der Mobilfunkanlagen zur Folge. Dadurch müssten die Betreiber die notwendige Versorgung mit einer höheren Sendeleistung erreichen, dies hätte eine Zunahme der Strahlenbelastung im direkten Umfeld der Anlagen zur Folge.

Formal geht es bei einem Ja zur unformulierten Initiative folgendermassen weiter: Der Grosse Rat arbeitet eine Vorlage aus, welche die Anliegen der Initiative erfüllt. Dabei entscheidet das Parlament, ob dies mit einer Verfassungs-, Gesetzesänderung oder mit einem Grossratsbeschluss geschieht.

Ja zum Gegenvorschlag:

Heiner Vischer ist überzeugt, dass der Gegenvorschlag eine gleichmässige Verteilung von Mobilfunkanlagen mit weniger stark strahlenden Antennen bewirkt und somit die individuelle Belastung sinkt. Mit sendeleistungsabhängigen Gebühren will die Regierung die Betreiber zum Einsatz von schwächeren

Antennen bewegen, allerdings hat der Kanton nur Einfluss auf jene Antennen, die auf der Allmend oder auf Staatsgebäuden stehen (rund ein Drittel der Antennen).

Um eine möglichst optimale Verteilung zu erreichen, will die Regierung das bestehende Moratorium für Antennen auf Schulen und Spitälern aufheben, was vom Initiativkomitee stark kritisiert wird. Zudem ist Wydler überzeugt: «Angesichts der finanziellen Mittel der Mobilfunkindustrie» sei das Regulierungssystem der Regierung aufgrund finanzieller Anreize «kaum Erfolg versprechend». «Wird der Gegenvorschlag angenommen, bestimmen wie bisher die Mobilfunkbetreiber über den Ausbau des Netzes», kritisiert Wydler.